Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Inseratenpreise werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. Telephone 677.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 2. März 1910 | No. 19.

Der Oberst als Deutschenhasser.

Wenn die „Germania" auch versuchte, unsere Kritik an den Deutschenfeinden in der konservativen Partei im Parlament mit der Bemerkung abzutun: „Es giebt keine Partei, welche als solche die Deutschen besonders liebt oder haßt", so werden wir doch in der Kritik noch etwas fortfahren. Obiger Satz und alles andere, was jenes Blatt brachte, kann die Tatsache nicht umstoßen, daß die Hauptführer der Konservativen — nicht ein paar unbedeutende Mitläufer — gerade in diesen Wochen der Flottendebatte furchtbar gegen Deutschland gehetzt haben, während die liberalen Führer in ruhiger, sachlicher Weise über Deutschland und die deutsche Flottenrüstung sprachen. Ferner sieht jeder, der die Debatten verfolgt hat, daß die Konservativen in allem maßlos übertrieben, während die Liberalen sich innerhalb der Grenzen der Tatsachen hielten. Auch in anderer Hinsicht zeigt sich die Deutschenfeindlichkeit der Konservativen. Die Mail & Empire, eine der ersten konservativen Blätter, beschuldigt die liberale Regierung, sie sei zu deutschfreundlich, weil sie den Kampfzoll aufgehoben habe. Wenn die „Germania" meint, Foster wäre für Abschaffung des Zollkrieges gewesen, so ist das eitel Humbug. Er mag das mal geäußert haben, um doch etwas gegen Laurier sagen zu können. Aber wer da weiß, daß die Konservativen alle Schutzzöllner sind und dabei für einen britischen Zollverein schwärmen, für einen engeren Verband aller Teile des britischen Weltreiches gegen die anderen Nationen, der läßt sich kein X für ein U vormachen. Der weiß, daß Foster und Konsorten die letzten sind, die ein besseres Handelsabkommen mit Deutschland wünschen.

Wir wollen nach diesen Vorbemerkungen einen andern Deutschenfeind etwas näher beleuchten. Dieser Herr ist Colonel (Oberst) Sam Hughes. Er ist einer der Leuchten der konservativen Partei. Ein Narr, der den Mund gerne zu voll nimmt und dann übermäßig mit dem Säbel rasselt. Das tat er auch letzte Woche, als er das Wort zur Flottendebatte ergriff. Er stellte den Satz auf, Großbritannien sei in Gefahr durch die Flotte und Armee des Deutschen Reiches. Nachdem er dann die Flottenpolitik Lauriers lächerlich zu machen versucht und unsern Premierminister als illoyal, als einen „Verräter" hingestellt hatte, führte er aus, daß Deutschland Großbritannien zum Krieg provoziere. Er stellte unter anderm diese Behauptung auf: „Ich bin der Ueberzeugung, daß Großbritannien in den letzten 12 Monaten von Deutschland zum Krieg provoziert (angereizt) worden ist. Aber wegen des „Duldergeistes", der die englische Nation kennzeichnet, hat Großbritannien an sich gehalten." Wenn er die Sache umgekehrt hätte, so wäre er vielleicht der Wahrheit näher gekommen. Unserer Meinung nach ist Deutschland mehr provoziert worden, denn England.

Deutschland mit seinen vier Millionen Soldaten habe ohne Zweifel das Uebergewicht im kontinentalen Europa und strebe jetzt mit aller Kraft auch nach der Oberherrschaft zur See. Deutschland strebe nach Großbritanniens Zusammenbruch, um dann die britischen Kolonien einzuheimsen.

„Deutschland kann keine Kolonien mehr bekommen, weil alle wertvollen Ländereien im Besitz anderer Mächte sind. Darum will Deutschland mit der Spitze des Bajonets und dem Gewehrkolben vorgehen. Da Großbritannien 25 Prozent des Landes auf der Erdoberfläche und 90 Prozent des Kolonialbesitzes aller Länder hat, kann Deutschland nur Kolonien bekommen, wenn sie solche von England erobert. Dieses Land (England), der Vorkämpfer der Freiheit in allen Teilen der Welt, wird jetzt von einer Nation bedroht, die England selbst geschaffen hat." (Das ist wirklich großartig! Deutschland von England geschaffen! Wir denken, Deutschland hat sich durch eigene Kraft und Tüchtigkeit geschaffen, und zu dem emporgerungen, was es heute ist.) Wenn die Deutschen als Einzelwesen auch gute, gesetzliebende und tüchtige Menschen seien, so sei die deutsche Politik doch verderblich und verdammenswert. Deutschland menge sich stets in die Politik anderer Nationen ein, suche allen anderen Staaten ins Gehege zu kommen und ihre Kreise zu zerstören und alt etablierte politische Tatsachen zu vernichten. Sobald Deutschland eine genügend starke Flotte habe, werde es Krieg geben.

Redner zeigte dann, wie Deutschland nach und nach hoch gekommen sei und wie es reicher wurde, so wurde es auch arroganter und immer raubsüchtiger. Preußen raubte Schleswig-Holstein von Dänemark und demütigte Oesterreich-Ungarn bei Sadowa. Dann intriguierte Bismarck gegen Frankreich, brach den Krieg vom Zaun und raubte Elsaß-Lothringen.

„Wie sieht es heute aus?" fragte Redner. „Deutschlands eiserne Hand ruht auf Holland. Krupp, der große Kanonenmacher, plaziert seine Kanonen (nach Uebereinkunft mit der deutschen Regierung) in jede holländische Festung. Krupp hat die Pläne für die Festungen in Holland gemacht, nicht die holländische Regierung, und Holland ist heute tatsächlich so gut wie eine deutsche Provinz.

Wenn Deutschland die Kontrolle bekäme über die Flotte Italiens, wenn es Holland nimmt und Belgien — was würde England tun können, wenn es auch eine doppelt so große Flotte wie Deutschland hat? Frankreich würde natürlich mit England gehen. Aber Deutschland würde Frankreich schnell demütigen und nun dann mit aller Macht auf England werfen. Das ist Deutschlands Politik."

Redner kam dann auf das bekannte Krüger-Telegramm Kaiser Wilhelms, auf die dummen Lügen der Stellung Deutschlands im spanisch-amerikanischen Kriege, auf den deutschen Einfluß in der Türkei, in Persien, in Marokko, in China, in Südamerika u. s. w. und behauptete, Deutschland habe sich dort allenthalben eingemischt, wo es nichts zu suchen hatte. Dasselbe sei der Fall gewesen in der Balkankrise. Oesterreich-Ungarn hätte Bosnien und die Herzegowina annektieren können, weil der deutsche Kaiser erklärt habe, er stehe mit seiner ganzen Macht hinter Oesterreich.

„Jetzt finden wir uns der Tatsache gegenüber, daß eine der fürchterlichsten Flotten gebaut wird, die je ein Land gehabt hat. (Dabei hat England ungefähr drei Schiffe auf ein deutsches! Red.) Deutschland wünsche Kolonien. Es wird diese mit der eisernen Hand des Kriegs an sich reißen. Es kann Kolonien nur von England nehmen. Deutschland wünscht Kohlenstationen, Märkte und größere Schiffahrt. Aber dies kann es nur aus Englands Händen reißen. Dadurch, daß es mit Canada ein Handelsübereinkommen machte, zeigt Deutschland, daß es bereit ist, die Kolonien von England abwendig zu machen. Was tut Großbritannien? Es probt und schreit von seiner Macht und Größe. Es versucht, Deutschland durch die Friedenskonferenz hinters Licht zu führen. Aber Deutschland führte England hinters Licht, indem es mehr Schiffe baute. Dann sagten die Engländer, wir werden Deputationen nach Deutschland senden, um uns mehr kennen zu lernen. Diese kamen denn auch. Man trank seinen Wein, aß Würste und brachte Trinksprüche aus. Aber die Deutschen legten unter den Kiel zu jenen Schiffen. Dann sagten sie, wir werden einen ganz großen Schlag tun. Wir werden mit den Sozialisten Arrangements machen, in Kriegszeiten keine Kohlen zu graben. Die Arbeiter in Großbritannien waren einmütig, diesen Plan auszuführen. In Deutschland aber förderten die Sozialisten genug Extrakohlen, um 5 oder 6 Jahre zu reichen. Dann riefen die Briten, wir sind Verwandte, sind Verbündete, und Freunde und sind Christen. Man rief Hurrah für den Kaiser! und Hurrah für den König! Die Briten hörten mit dem Schiffbau auf. Die Deutschen aber gewannen währenddessen die Kontrolle über die Märkte Englands, ergatterten die Flottenpläne Großbritanniens und legten die Kiele für 4 oder 5 Dreadnoughts. So zeigte Deutschland, daß es nicht auf die Entenjagd mit einer Blechtrompete geht."

In diesem Stil ging es stundenlang fort. Stundenlang machte dieser konservative Deutschland schlecht und hetzte gegen Deutschland in skandalöser Weise. Stundenlang äußerte dieser Mensch Uebertreibungen und Lügen, und schädigte unser altes Vaterland der gemeinsten Hinterlist und Tücke an. Dann forderte er die Canadier auf, Dreadnoughts zu schenken, Millionen von Dollars außer Landes zu werfen und Großbritannien gegen die bösen Deutschen zu schützen.

Wenn dieser Mann mit seinem blödsinnigen Geschwätz allein stände, so könnte man ja darüber lachen. Aber das ist eben nicht der Fall. Der Führer der konservativen Partei und alle Größen in derselben haben ungefähr dieselbe Meinung. Denn dieser Meinung entspringt ihre Flottenpolitik. Sie fürchten uns hasten Deutschland. Das müssen wir im Auge behalten. Darüber müssen wir Deutsche uns alle klar werden.

Wenn wir nun alle die unwahren Uebertreibungen und direkten Lügen dieser konservativen Führer und Unterführer ansehen, dann müssen wir doch auch zu der Ueberzeugung kommen, daß sie wie in der einen, so auch in der andern Sache lügen und übertreiben und daß diese Leute nicht aus solchem Holze geschnitzt, daß sie würdig sind, ein Land wie Canada zu regieren.

Der gefallene Foster.

Nachdem wir uns erst in der letzten Nummer mit Herrn Geo. E. Foster beschäftigten, müssen wir es in dieser Ausgabe noch einmal tun. In der letzten Nummer hatten wir diesen „Helden" der konservativen Partei, den ersten Unterführer der Opposition im Dominion-Parlament, des Deutschenhasses und der Hetzerei gegen Deutschland angeklagt.

Heute müssen wir ihn, der früher ein konservativer Finanzminister war, der Spekulation mit ihm anvertrauten fremden Geldern zeihen.

Die Beschuldigung, die wir hier bringen, ist nicht neu. Sie wurde von dem Redakteur des Toronto „Globe" zur Zeit der letzten allgemeinen Wahlen gebracht.

Die Beschuldigung lautete: **„daß Foster einen persönlichen Extra-Profit verlangte in einem Geschäftsunternehmen mit Trust-Geldern, daß er die verdächtige Art und Weise leitete, in welcher dieser persönliche Extra-Profit (rake-off) an ihn ausgezahlt werden sollte, daß er diesen Extra-Profit, diesen rake-off, wirklich bekam und daß er als der hoch salarierte geschäftsführende Direktor der Union Trust Co., die mit Geldern, welche der J. C. A. Gesellschaft gehört, arbeiter, kein Recht zu und Anspruch auf diese Gelder hatte."**

Also persönlicher Extraprofit durch Gelder, mit denen er spekulierte, obgleich sie ihm nicht gehörten, mit einem Wort Gaunerei.

Nach der Wahl strengte der angegriffene Foster eine Beleidigungsklage gegen den Redakteur McDonald des „Globe" an. Er wollte für seine angegriffene Ehre seinen guten Namen 50,000 Dollars Entschädigung. Aber sein Name war offenbar nicht viel mehr wert. Sein Ehrenschild war offenbar nicht mehr rein und blank. Infolgedessen konnten die Geschworenen seinem Schild nicht mehr blankschaffen. Sie gaben einstimmig das Urteil ab, daß McDonald in seinen Beschuldigungen berechtigt war und daß Fosters Tun und Lassen, wenn er auch wohl in gutem Glauben gehandelt, doch nicht über Kritik erhaben gewesen sei. McDonald wäre also zu seiner Anschuldigung berechtigt gewesen und Foster habe keinen Cents Entschädigung zu beanspruchen.

Die Prozeßkosten, die Foster zu bezahlen haben wird, belaufen sich auf mindestens 10,000 Dollars. Leider werden diese aus der konservativen Parteikasse bezahlt.

Foster kann vielleicht Berufung einlegen, aber wahrscheinlich wird ihm das wenig nutzen. Er ist gebrandmarkt als ein Mann, der mit fremdem Gut und Gut, mit Geldern von und für Witwen und Waisen spekulierte zu seinem eigenen Vorteil und Nutzen.

Ein schöner Mann, als Finanzminister! Ein schöner Unterführer einer großen parlamentarischen Partei! Ein schöner „Gentleman", dieser Geo. E. Foster!

Wenn er noch etwas Gottesfurcht hätte, müßte er jetzt vom seinem Sitz im Parlament zurücktreten. Aber solche Herren haben zu meistens ein ungeheuer dickes Fell, und gehen mehrere mal eher, als bis sie rausgeschmissen werden.

Man hört, man Foster's Verteidiger in seiner Anklage sagen, die Geschworenen sagte:

„Wenn wir es nicht zu bezweifeln, daß der Beschuldigung eine solche ist, daß sie ihn verabschieden muß in seinem ehrenvollen ehrenhaften Amt. Tun sein Amt in seiner Mitgliedschaft des Dominion-Parlaments, ist sein früheres hohes Amt eines Finanzministers der Regierung. Es wäre ein trauriger Tag für dies Land, wenn ein Mann, der fälschlich eines Kriminalvergehens angeklagt war, daraufhin gehen müßte — wenn er schuldig ist! — das Vertrauen und die Achtung seiner Mitbürger in einem solchen Grade zu behalten, daß er wieder ins Parlament gewählt oder zu einem Mitglied der Regierung gemacht werden könnte.

Wenn diese Anklagen wahr sind, ist Herr Foster jedes öffentlichen Amtes unwürdig. Denn ist er nicht würdig, ein Amt als Geschäftsführer eines Finanzinstituts zu haben, dann ist er der Achtung seiner politischen und gesellschaftlichen Freunde unwürdig."

Da die Geschworenen entschieden haben, daß McDonald das Recht hatte, Foster in der Weise anzugreifen, wie er es tat, daß er das Recht hatte, ihn eines Kriminal-Vergehens zu zeihen, so ist Foster völlig gebrandmarkt als ein Mann, der es nicht wert ist, im Parlament der Dominion zu sitzen. Wir sind gespannt, ob Herr Foster nun, der Konsequenzen dieser verächtlichen Entscheidung ziehen wird.

Wer, wie gesagt, solche Herren haben, muß eine dickere Haut wie das berühmte nashörnige Borstentier.

Aus dem Dom. Parlament.

Die Flottendebatte ist noch immer im Gange, nachdem sie schon über drei Wochen gedauert hat. Jeden Tag reden einige pro und contra zu der Flottenpolitik der Regierung. Es kann noch Wochen dauern, bis die Debatte zu Ende kommt. An dem Schicksal der Regierungsvorlage aber kann kein Zweifel sein, da die Regierungspartei einmütig für die Politik der Regierung ist. Die konservative Partei ist aber ganz hoffnungslos zerspalten und zersplittert in der Flottenfrage. Bis jetzt haben sie schon drei bis vier verschiedene Flottenprojekte ausgebrütet. Einer der Redner von Quebec verteidigte die Französisch-Canadier und sagte, Monks Anschauungen würden nur von wenigen geteilt. Die Mehrzahl der Französisch-Canadier sei völlig loyal und liebte Großbritannien als Mutter ihrer Freiheit.

Dr. Schaffner von Souris, Man., beschuldigte die Liberalen wieder mit Untreue gegen Großbritannien und Verräterei. Die liberale Regierung sei feindlich gegen Großbritannien und habe niemals etwas für das Reich getan, wenn sie nicht vom Volke dazu gezwungen worden sei. Die Mehrzahl des canadischen Volkes sei gegen die liberale Flottenpolitik. Es täte ihm leid, daß es Leute gäbe, die wohl wünschten, daß Canada ein Teil Großbritanniens bleibe, die aber nichts für Großbritannien tun wollten. Es sei sehr schade, daß es auch Gesinnungslose gebe, die zu dieser Klasse gehörten. Jetzt sei die Zeit, Dreadnoughts zu beschaffen. In der Stunde der Not sei das unmöglich, denn man könne keine Dreadnoughts im Geschäft kaufen. Die Vorschläge der Regierung, selbst Schiffe zu bauen und eine eigene canadische Flotte zu bilden, seien lächerlich und nicht hinreichend."

Ein anderer konservativer „Dreadnoughter" schimpfte über die Französisch-Canadier und beschuldigte sie der Illoyalität. Es sei bekannt, daß die Bewegung, die auf Abfall von England zielte, mehr an Boden gewinne. Oeffentliche Gelder seien in Quebec dazu verwandt worden, Abfall von Großbritannien zu predigen.

Dieser Franzosenfeind aber wurde gründlich von dem folgenden Redner abgeführt, der zeigte, daß gerade unter dem Regime des Französisch-Canadiers Laurier die Bande, die Canada mit England verknüpfen, eher fester als loser geworden seien.

Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen des früheren Chef-Ingenieurs der Grand Trunk, Herrn Lumsden, ist ernannt worden und hat ihre Arbeiten bereits aufgenommen.

Ein Achtstundentag-Gesetz ist in Vorbereitung und wird hoffentlich angenommen werden, denn das Los der Arbeiterklasse muß auch hier verbessert werden.

Als ein Redner in Verbindung mit der Flotten-Politik Worte aus Reden des General-Gouverneurs Earl Grey zitieren wollte, wurde er daran vom Vize-Präsidenten gehindert, der ausführte, daß es parlamentarische Regel sei, die Worte des Herrschers und seines Vertreters aus der Debatte zu halten.

Premierminister Laurier war die Woche etwas erkältet und mußte sich einige Tage schonen. Die Erkältung war aber nur leichter Natur.

Cushing's Erklärung.

Hon. Cushing, der als Minister für Oeffentliche Arbeiten im Kabinett der Alberta-Regierung resignierte, hat nun seine Erklärung in der Legislatur gemacht, weswegen er diesen Schritt getan habe.

Er sagte ungefähr, daß das Uebereinkommen der Regierung mit der Great Waterways Railway Co. ihn zur Resignation veranlaßt habe. In den letzten Tagen der Verhandlung mit der Gesellschaft sei er nicht wohl gewesen und habe der Premier ohne ihn den Kontrakt gemacht. Auf einer Kabinettsversammlung sei es beschlossen worden, die Bonds der Gesellschaft bis 20,000 Dollars pro Meile zu garantieren. Wo die Bahn durch Prärieland gehe, würde die Garantie geringer sein. Die Bonds seien als 5prozentige garantiert worden, was höher wie gewöhnlich sei. Er hätte dagegen protestiert, aber das hätte nichts genützt. Er hätte dem Premier gesagt, 20,000 Dollars per Meile sei viel zu hoch, da die Spezifikationen nur Lehm-Balloit und leichte Schienen forderten. Ihm komme es so vor, als wollten die Unternehmer einen Haufen Geld auf Kosten der Provinz machen. Der Premier aber hätte versucht, ihn zu beruhigen und hätte gesagt, Herr Clarke, einer der Unternehmer, sei ein tüchtiger Geschäftsmann, der keinerlei Wunsch hätte, einen guten Gewinn auf Kosten der Provinz zu machen. Er, Cushing, halte diesen Clarke für einen ganz wunderbaren Mann, da er es fertig gebracht habe, die Regierung so übers Ohr zu hauen.

Da er, Cushing, nicht mit den anderen Ministern übereingestimmt habe, hätte er es für ratsam gehalten, zu resignieren.

Da es heißt, daß Cushing eine ganze Anzahl Freunde und Anhänger hat, mag diese Bahngeschichte zur Auflösung der Legislatur und damit zu einer Neuwahl führen.

Die Elevator-Kommission.

Am Sonnabend fand eine Versammlung des Kabinetts der Regierung Saskatchewan statt und wurde unter anderm die Elevatorkommission ernannt. Diese Kommission wurde von Premier Scott seinerzeit versprochen, als die Getreidebauer die Verstaatlichung der Elevatoren immer energischer forderten. Die Mitglieder der Kommission sind Rob. McGill, Professor der National-Oekonomie an der Dalhousie Universität, Geo. Langley, M. L. A. von Redberry, der alte Kämpe für die Rechte des Farmerstandes, und F. W. Green, der tüchtige Sekretär der Getreidebauer Saskatchewans.

Was die Herren Langley und Green anbetrifft, so sind diese beiden Männer wohl die besten, welche die Regierung für diesen Posten auswählen konnte. Beide sind mit den einschlägigen Fragen durch langjähriges Studium wohl bekannt. Beide haben seit langem energisch und erfolgreich für den Farmer gefochten.

Wir wünschen der Kommission den besten Erfolg für ihre nicht leichte Arbeit und wir hoffen, daß ihre Arbeit zum Segen unseres Farmerstandes ausfallen wird.

Canadas Kohlenabbau.

Immer seit dem Jahre 1896, besagt ein Regierungs-Bericht, hat Canadas Kohlenproduktion eine starke Zunahme über das vorhergehende Jahr in den Zahlen gezeigt, welche die jährliche Tonnenmenge an Kohle, welche aus canadischen Bergwerken gefördert wurde, angegeben und auch nicht in einem einzigen Jahr hat die Zahl abgenommen. Es ist dies natürlich die Folge von Canadas industriellem und landwirtschaftlichem Fortschritt, da das Heizmaterial in den Prärieprovinzen fast ausschließlich Steinkohle und Lignit ist. Da das Wachstum und die Entwicklung des Landes durch die Zunahme der Förderung und des Verbrauchs an Kohle beurteilt werden kann, so mag es interessant sein, darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1871, für welches die erste einigermaßen verläßliche Statistik vorliegt, die Kohlenproduktion 1,063,742 Tonnen betrug. Es nahm 12 Jahre, bis sich diese Menge verdoppelt hatte; im Jahre 1886 wurden 2,116,653 Tonnen gefördert. Es nahm weitere 12 Jahre, um wiederum eine Verdoppelung der Ausbeute herbeizuführen, sodaß im Jahre 1898 die Ausbeute 4,173,108 betrug. Von da an steigt die Zunahme bedeutend schneller, indem bereits in 6 Jahren, das heißt bis zum Jahre 1904, eine weitere Verdoppelung auf 8,254,595 Tonnen eingetreten ist. Jetzt beginnt jedoch wieder eine Verlangsamung einzutreten; in den 4 Jahren bis zum Jahr 1908 betrug die Zunahme nur 2,250,000 Tonnen. Es muß jedoch dabei berücksichtigt werden, daß die Jahre 1907 und 1908 äußerst ungünstig für den hiesigen Bergbau waren, sodaß es sich unwahrscheinlich ist, daß sich in weiteren zwei bis drei Jahren die Jahresausbeute von 1904 verdoppeln wird.

Es muß hierbei auch hervorgehoben werden, daß an Wert die Kohlenproduktion des Jahres 1908 die gesamte Mineralproduktion Canadas im Jahre 1896 um $3,000,000 übertraf.

Während des ersten Teiles des Jahres 1907 herrschte rege Tätigkeit in den Kohlenbergwerken der gesamten Dominion, aber während des letzten Teils des Jahres sowie während des größten Teils des Jahres 1908 waren mehrere Ursachen tätig, welche eine Verminderung der Förderung bewirkten. Hierzu gehörten vor allem die finanzielle und wirtschaftliche Depression, welche auf dem amerikanischen Kontinent herrschte, Arbeitsdifferenzen in den Bergwerken, welche die Ausbeute verminderten und ein strenger Winter, der im Frühjahr 1907 besonders in den Provinzen des Westens erheblich die Transportmöglichkeit erschwerte und den Verkehr lahmlegte, wodurch in vielen Fällen Kohlenmangel eintrat.

Drei Arten von Kohle werden in Canada gefördert, nämlich Anthracit, Steinkohle und Holzkohle. Die Steinkohle bildet bei weitem den größten Teil der Förderung. Sie wird ausschließlich gefördert in den Seeprovinzen, in Britisch Columbien und im Crows Neit Paß-Distrikt des südlichen Alberta. Nur ein einziges Bergwerk fördert Anthracitkohle. Dies ist Bankhead bei Banff, Alta. Aber die Ausbeute desselben ist größer wie die irgend eines Holzkohlenlagers der Provinz. Der Wert der Ausbeute des Jahres 1908 betrug $25,194,578 in der Grube.

Aehrenthal in Berlin.

Der Besuch des österreichischen Ministers des Aeußern in Berlin ist offensichtlich mehr als eine bloße höfliche Erwiderung der Visite, die der deutsche Kanzler von Bethmann-Hollweg im September vorigen Jahres in Wien machte. Das zeigt auch die von der Reichsregierung geschehene offizielle Erklärung, daß von beiden Ministern die verschiedenen politischen Probleme, die in der letzten Zeit die Mächte beschäftigt haben, eingehend erörtert wurden und daß sich dabei ein völliges Einvernehmen, namentlich auch in Rücksicht auf die Balkanfrage, herausgestellt habe. Die beiden Staatsmänner kamen zu der Ueberzeugung, daß der Status quo im nahen Osten aufrecht erhalten und dadurch der Türkei Gelegenheit geboten werden müsse, ihre inneren Angelegenheiten zu festigen und die angebahnten Reformen zu Ende zu führen. Die beste Gewähr für die Erhaltung des europäischen Friedens liege nach wie vor in der treuen Allianz der beiden mitteleuropäischen Mächte mit dem Königreich Italien, die darin einig sind, daß sie keine Verletzung des Status quo auf Kosten des ottomanischen Reiches dulden werden.

Die Zusammenkunft der beiden Minister gewinnt ja auch dadurch an Bedeutung, daß sie so kurz auf die neueste Verhetzung Deutschlands gegen Oesterreich folgt, das angeblich von dem deutschen Bundesgenossen abrücke und sich dem Zarenreiche nähere. Aehrenthals Besuch in Berlin kommt deshalb auch zu rechter Zeit und wird den Hetzern den Wind aus den Segeln nehmen.

Eine Annäherung Oesterreichs an Rußland hat ja auch vom Standpunkt der deutschen Politik aus durchaus nichts bedenkliches, denn sie kann nur dem Frieden auf dem Balkan zugute kommen, der ganz und gar den Intentionen der deutschen Regierung entspricht. In der Tat bietet die Balkanfrage keine Gefahr mehr, sobald Rußland und Oesterreich darüber zu einer Verständigung gelangen. England und Frankreich befinden sich mit Rußland bereits im Einvernehmen. Italien hat in Racconigi eine Uebereinstimmung seiner Gesichtspunkte mit denen Rußlands festgestellt, und Deutschland wird seinem österreichischen Verbündeten folgen. Somit wäre mit der russisch-österreichischen Verständigung jede ernste Gefahr auf dem Balkan beseitigt. Wenn die großen Mächte wirklich entschlossen sind, den Frieden nicht stören zu lassen, und wenn sie es zu einem rückhaltlosen ernsten Austausch der Meinungen über die sich darbietenden Möglichkeiten bringen können, so werden sie sicher ihren Zweck erreichen. Nicht Kreta, nicht Griechenland, auch nicht Bulgarien kann Europa in Flammen setzen, wenn Europa fest entschlossen ist, nicht zu brennen und mit fester Hand alle die anzufassen, die mit dem Feuer spielen möchten.

Zwei drohende Wolken stehen allerdings gegenwärtig am Horizont des Balkans. Das Frühjahr wird ein Wiederaufleben des Bandenkrieges in Mazedonien herbeiführen, und die Türkei ist entschlossen, gegen die Banden mit schärfsten Mitteln vorzugehen. Hieraus könnte leicht eine Streitfrage mit Bulgarien entstehen. Das Kritische des Verhältnisses zwischen beiden Staaten rührt daher, daß, während alle Großmächte es aufgegeben haben, irgendwie auf die inneren Verhältnisse Mazedoniens und damit auf die des ottomanischen Reiches einzuwirken, Bulgarien dies nach wie vor tut und im Parlament und in der Presse rücksichtslos dreinzureden versucht.

Die andere drohende Gewitterwolke im Balkan ist die gespannte Beziehung der Türkei zu Griechenland. Der Zeitpunkt der Einberufung der außerordentlichen Nationalversammlung steht noch nicht fest. Allein auf jeden Fall wird die Türkei nicht zugeben, daß kretische Abgeordnete an dieser Versammlung teilnehmen. Sie hat den europäischen Regierungen kundgegeben, daß die Landung dieser Abgeordneten im Piräus als Casus belli betrachtet werden würde und daß sie unverzüglich ihre Truppen in Griechenland einmarschieren lassen würde.

Bei einmütigem Zusammengehen der Mächte wären beide, den Frieden auf dem Balkan bedrohenden Wolken, jedenfalls zu zerstreuen. Ein Zusammengehen Rußlands und Oesterreichs in der Balkanpolitik kann darum nur mit Genugtuung begrüßt werden, auch in Berlin, wo man garnicht daran denkt, Oesterreich und Rußland von einander abzudrängen.

(B.-Blatt.)

Neueste Nachrichten.

New York, 28. Febr. — Leslie M. Shaw, der frühere Schatzamtssekretär, hielt am Dienstag Abend bei einem Diner der Washington Association in Morristown, N. J., eine Rede, welche überall großes Aufsehen erregt hat. Shaw deutete die Möglichkeit eines kommenden Konflikts mit Japan stark an.

Shaw sprach zu Gunsten einer Handelsflotte und malte seinen Zuhörern die Gefahr aus, daß Japan sich die Herrschaft über den pazifischen Ozean sichere.

„Japan," so erklärte der frühere Kabinetts-Minister, „will den pazifischen Ozean beherrschen. Es besteht ein Rassenhaß zwischen den Nationen. Wenn man nach Japan geht, um dort zu wohnen, so muß man seinen Wohnsitz aufschlagen, wo er einem angewiesen wird. Die Japaner kommen nach den Ver. Staaten und wollen sich ansiedeln, wo es ihnen gefällt. Amerikaner können in Japan kein Land kaufen, um keinen Preis, aber die Japaner wollen überall Land erwerben. Kinder von Amerikanern können in Japan nicht zur Schule gehen; aber Japaner können nach den Ver. Staaten kommen und mit Euren kleinen Mädchen zusammen zur selben Schule gehen."

Tokio, 28. Febr. — Die japanischen Zeitungen in Tokio brachten am Donnerstag Spezialdepeschen aus San Francisco und spaltenlange Artikel des Inhalts, daß die anti-japanische Bewegung in den Ver. Staaten wieder erwacht ist. Alle Zeitungen berichten über die Rede, welche Leslie M. Shaw, der frühere Schatzamtssekretär, am Dienstag Abend in Morristown, N. J., hielt, in welcher er **andeutete, daß ein Krieg zwischen den Ver. Staaten und Japan unvermeidlich sei.** Diese Rede hat unter den Japanern sowie unter den Ausländern in Tokio großes Aufsehen erregt.

Die Zeitungen von Tokio berichten ferner, Generalmajor J. Franklin Bell, der Chef des amerikanischen Generalstabes, habe erklärt, Krieg mit Japan könne jeden Augenblick ausbrechen. Die Zeitungen erklären, die Presse und das Publikum könne sich keine Erklärung für den Grund dieser Aeußerungen geben.

Die Zeitungen Ashi Shimbun und Jiji Shimpo bringen lange Spezialdepeschen aus San Francisco, in welchen die Rede Shaws wiedergegeben und kritisiert wird.

In Leitartikeln weisen die japanischen Blätter die Behauptung zurück, daß Japan nach der Kontrolle über den pazifischen Ozean strebe. Vielmehr sagen sie, daß amerikanische Konkurrenz stets willkommen sein werde.

Peking, 28. Febr. — Die chinesische Regierung hat den Dalai Lama von Tibet abgesetzt und die Wahl eines Nachfolgers zum Oberhaupt der buddhistischen Religion angeordnet. Der Dalai Lama ist zugleich das Haupt der tibetanischen Regierung. In einer amtlichen Erklärung, welche am Freitag veröffentlicht wurde, erklärt die chinesische Regierung diesen Schritt wie folgt:

„Der Dalai Lama hat nach seiner Rückkehr von Peking nach Lhassa Gerüchte in Umlauf gesetzt zu dem Zwecke, eine allgemeine Revolte zu organisieren, nämlich, daß China beabsichtige, den Lamaismus auszurotten, und daß der britische Handel für Tibet schädigend sei. Der Dalai Lama traf dann Maßregeln, den britischen Handel einzuschränken; wodurch China beunruhigt wurde. Zweitausend Mann wurden nach Lhassa befördert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und Schutz zu gewähren.

„Die chinesische Regierung wies ihren Residenten in Lhassa an, mit den Dalai Lama zurückzukehren. Als dieser davon hörte, verließ er in der Nacht des 12. Februar heimlich die Hauptstadt Lhassa mit seinen Begleitern. Der chinesische Resident suchte nach ihm, konnte ihn jedoch nicht finden, worauf China den Lama absetzte, die Tibetaner anwies, einen Nachfolger zu erwählen, und ein Dekret erließ zum Schutz des Lamaismus, und der Aufrechterhaltung bestehender Verträge mit auswärtigen Mächten, um die Fortdauer des Status quo zu sichern."

Lissabon, 26. Febr. — Die portugiesische Regierung ist augenscheinlich sehr verstürzt über die Entdeckung einer weitverzweigten revolutionären Verschwörung. Verhaftungen von Verdächtigen finden täglich statt. Die Behörden sollen die geheime Meldung erhalten haben, daß ein Schiff mit Waffen und Munition für die Revolutionären von Deutschland abgesandt worden ist.

St. Petersburg, 26. Febr. König Ferdinand von Bulgarien traf am Mittwoch in St. Petersburg ein, und fuhr von dort nach Zarskoje Selo weiter, wo er Abends der Gast des Zaren beim Familiendiner war. Das offizielle Programm des Besuchs wird erst am Donnerstag beginnen, wenn Ferdinand mit seinem Gefolge im Winterpalast in St. Petersburg Wohnung nehmen wird. Trotzdem sich im Gefolge Ferdinands der bulgarische Premier Malinoff und der Minister des Auswärtigen, Paprikoff, befinden, wird bestimmt versichert, daß der Besuch keinerlei besonderen politischen Zweck im Auge, und derselbe nichts mit der Balkankrisis zu tun habe.